

Geschäftsnummer:
4 O 562/05



07. März 2006

69
77
72

Landgericht Ulm
4. Zivilkammer
Beschluss

In dem Rechtsstreit

**Gemeinschaftspraxis für Anästhesiologie Dr. med. Thomas Metzler / Dr. med.
Christoph Richtmann**
Sedanstr. 10, 89077 Ulm

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:
Rechtsanwältin Kistner-Burger, Kriegstr. 181, 76135 Karlsruhe



gegen

Klaus Annen
Cestarostr. 2, 69469 Weinheim

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigte:
Rechtsanwälte Lennartz-Schnitzler u. Koll., Ursulinenstr. 19, 53879 Euskirchen
(2006/00004)

wegen Unterlassung

hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts Ulm (Donau) durch
Vorsitzende Richterin am Landgericht Bauer
Richter am Landgericht Schwarz
Richterin am Landgericht Thonhofer

beschlossen:

Der Antrag des Beklagten, ihm Prozesskostenhilfe zu bewilligen, wird zurückgewiesen.

Gründe:

Nach § 114 ZPO kann einer Partei, die nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten der Prozessführung nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann, Prozesskostenhilfe nur bewilligt werden, wenn die beabsichtigte Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig erscheint.

Die Rechtsverteidigung des Beklagten hat keine hinreichende Erfolgsaussicht.


Der Beklagte ist nicht berechtigt, die im Tenor genannten Handlungen zu wiederholen bzw. aufrecht zu erhalten. Zwar spricht bei der Erörterung von Fragen, die die Öffentlichkeit wesentlich berühren, eine Vermutung für die freie Rede. Diese Vermutung ist hier jedoch durch gewichtige Gründe des Persönlichkeitsschutzes widerlegt. Im Einzelnen kommt es bei solchen Fragen auf den Grad der Einbußen an, die einerseits der Meinungsfreiheit durch ein Verbot der Äußerung, andererseits dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht durch die Pflicht zur Duldung der Äußerung drohen. Dabei fällt hier auf Seiten des Persönlichkeitsschutzes ins Gewicht, dass von Form und Inhalt des Flugblattes eine Prangerwirkung ausgeht.

Dem Beklagten ist zuzugestehen, dass unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die in der Praxis der Klägerin durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche, soweit sie unter den Voraussetzungen des § 218 a I StGB erfolgen, nicht als rechtmäßig angesehen werden können und deshalb rechtswidrig sind. Bei der Wertung des Flugblattes ist auf das Verständnis des sogenannten „Durchschnittslesers“ bzw. des unvoreingenommenen verständigen Lesers abzustellen (vgl. die Entscheidung des OLG Stuttgart vom 18.09.2002, AZ 4 U 54/02, die einen vergleichbaren Fall zum

Gegenstand hatte). Die Unterscheidung zwischen dem nach § 218 a II StGB gerechtfertigten und dem gem. § 218 a I StGB nicht gerechtfertigten aber straflosen Schwangerschaftsabbruch ist diesem Empfängerkreis aber überwiegend unbekannt. Das Gericht erkennt nicht, dass es in dem Flugblatt auch heißt, der deutsche Gesetzgeber habe Abtreibungen erlaubt und nicht unter Strafe gestellt. Die balkenartig drucktechnisch in dem Flugblatt hervorgehobene Bezeichnung der Klägerin als „Tagesklinik“, die nahezu gleich fett abgedruckten Namen der Inhaberin der Klägerin, des Sitzes der Klägerin in Ulm und des Wortes „rechtswidrig“ sowie das noch fetter abgedruckte Wort „Abtreibungen“ mussten bei den Empfängern des Briefkastenwurfs den Eindruck erwecken, in der Praxis der Klägerin würden rechtswidrige Abtreibungen durchgeführt. Durch die im Vergleich zu den obigen Worten geradezu klein abgedruckte Erläuterung wird dieser Eindruck nicht aus der Welt geschafft.

Hinzu kommt die hervorgehobene Personalisierung des Sachanliegens des Beklagten, der Bezug seines Protestes speziell auf die Klägerin, der auch dadurch zum Ausdruck kommt, dass er die Flugblätter in die Briefkästen der in der Nähe der Praxis befindlichen Häuser geworfen hat. Durch dieses Verhalten hat der Beklagte den durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geprägten Begriff der Rechtswidrigkeit, der im Rahmen der im § 218 a I StGB geregelten Beratungslösung ein legales strafloses Verhalten des Arztes nicht ausschließt, in einer Weise verwendet, die ersichtlich eine Prangerwirkung gegen die als Einzelpersonen genannten Ärzte erzeugt hat und auch erzeugen sollte. Darin liegt im vorliegenden Fall eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts der Klägerin, die so schwer wiegt, dass das Grundrecht des Beklagten aus Art. 5 I Nr. 1 GG zurücktreten muss (vgl. BGH, NJW 2003, S. 2011 f.).

Dieselben Gesichtspunkte gelten für die Website im Internet. Insbesondere fehlt dort die Unterscheidung, dass es sich bei der Klägerin gerade nicht um eine gynäkologische Praxis handelt.


Bauer
Vors. Richterinnen am Landgericht


Schwarz
Richter am Landgericht


Thonhofer
Richterinnen am Landgericht

Ausgefertigt — Beglaubigt
Ulm, den 10. März 2006
Urkundenbeamter
der Geschäftsstelle des Landgerichts



